**Antragsteller: Stella Stilgenbauer, Figen Brandt, Lino Leudesdorff, Sylvia Kunze**

Der Unterbezirksvorstand möge beschließen

Der Jahresparteitag der Frankfurt SPD möge beschließen

Zur Weiterleistung an den SPD Bundesparteitag zum Wahlprogramm 2017

**Bürgerversicherung einführen, gesetzliche Rente stärken**

Wir wollen, die zwei Klassenmedizin beenden und eine echte Bürgerversicherung einführen, in die alle Bürgerinnen und Bürger auf gleiche Weise einzahlen. Bisher Privatversicherte können wählen, ob sie in die Bürgerversicherung wechseln möchten. Wir möchten eine neue einheitliche Honorarordnung für Ärztinnen und Ärzte einführen, damit sich die Vergütung von medizinischen Leistungen für alle Patientinnen und Patienten nach ihrem Behandlungsbedarf und nicht nach ihrem Versicherungsstatus richtet. Beiträge für die Krankenversicherung müssen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wieder paritätisch entrichtet werden. Perspektivisch sollen die Privatversicherer keine Krankenvollversicherungen mehr anbieten, die gesetzlich Versicherten können bei den privaten Versicherern auf Wunsch Zusatzversicherungen abschließen. Die Beitragssätze für Selbständige in der gesetzlichen Krankenversicherung sollen sich stärker als bisher am Einkommen bemessen.

Wir wollen die gesetzliche Rente als wichtigste Säule unseres Rentensystems wieder stärken, denn Rente muss zum leben reichen und dem Lebensstandard im Alter sichern. Um dies sicherzustellen, müssen Veränderungen an den aktuellen Rentenregelungen vorgenommen werden. Besonders wichtig ist uns dabei:

* Die Festlegung des Rentenniveaus auf mindestens 50 Prozent.
* Wir wollen eine Mindestrente. Die Mindestrente ist die Grundsicherung, plus Wohngeld plus 10% und kann als Rentenversicherungsleistung unabhängig von einer Bedürftigkeitsprüfung von jedem in Anspruch genommen werden, der mindestens 35 Beitragsjahre geleistet hat, wobei Kindererziehung und Pflegezeiten angerechnet werden. Das heißt wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente ohne sein Erspartes aufbrauchen zu müssen. In Frankfurt würde dies unter heutigen Bedingungen eine Mindestrente für Singlehaushalte von knapp über 1000 EUR bedeuten.
* Die Riesterrente hat sich nicht bewährt. Wir wollen daher die staatliche Förderung und Subventionierung der privaten Rentenvorsorge auslaufen lassen. Die bisher abgeschlossenen Verträge genießen weiter Bestandsschutz. Wer aber in Zukunft eine zusätzliche private Altersversorgung abschließen möchte, muss auf Steuersubventionen verzichten. Bei den bestehenden Verträgen soll in Zukunft bei der Auszahlung keine Verrechnung mit Sozialleistungen mehr stattfinden.
* Wir wollen die gesetzliche Rente zu einer Erwerbstätigenversicherung erweitern. Dabei wollen wir schrittweise die Beitragsbasis auf alle Bürger, also auf Abgeordnete, Freiberufler, Selbständige und Beamte erweitern. Auch die Versorgungswerke wollen wir integrieren.

**Begründung:**

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit zu Sorgen. Die schon seit vielen Jahren auf der Agenda der SPD stehende Bürgerversicherung muss endlich umgesetzt werden und das Gesundheitssystem zukunftsfähig und bezahlbar zu machen. Qualitätsunterschiede in der Versorgung von Versicherten darf es nicht mehr geben. Auch bei der Rentenversicherung setzen wir auf die Einbeziehung aller in das Solidarsystem. Dies soll nicht nur dafür sorgen, dass die Beiträge zur Rentenversicherung bezahlbar bleiben, sondern auch dafür, dass unstetiger werdende Erwerbsbiographien trotzdem eine solide Alterssicherung haben.

Die heutige Form der Rentenversicherung sichert Menschen in Zukunft nicht hinreichend vor Altersarmut ab. In einer solidarischen Gesellschaft ist es nach wie vor unser Ziel, dass im Alter der Lebensstandard gehalten werden kann. Für eine gerechte Würdigung der Lebensleistung ist die Höhe des Rentenniveaus deshalb entscheiden. Aktuell liegt das Rentenniveau bei 48%. Aufgrund der Demografischen Entwicklung würde es nach Berechnungen des Arbeitsministeriums bis 2030 auf rund 42% sinken. Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss in jedem Fall verhindert werden, denn es würde Altersarmut für breite Schichten der zukünftigen Rentner bedeutet. Selbst Menschen, die ein durchschnittliches Einkommen erwirtschaften wären bei diesem Rentenniveau vor Altersarmut nicht mehr gefeit. Aktuell gilt eine Vereinbarung eines Mindestniveaus der Rente bis 2030 von 43%. Andrea Nahles möchte die Haltelinie eines gesetzlich verankerten Mindestniveaus bis 2045 verlängern und auf 46% erhöhen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, wird aber nicht ausreichen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Mindestrentenniveau auf 50% zu erhöhen und der Mehrheit der Rentner ein auskömmliches Einkommen sicherzustellen.

Trotzdem werden wir mit diesen Maßnahmen nicht alle zukünftigen Rentner absichern. Deswegen setzen wir uns dafür ein dass parallel eine Mindestrente 10% über dem Niveau der regionalen Grundsicherung eingeführt wird, damit auch die Lebensleistung von Menschen mit geringerem Einkommen durch eine gesicherte Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährt wird. Dies sichert auch prekäre Beschäftigung oder Engagement in der Familie zumindest auf einem Grundniveau ab.

Das ursprüngliche Idee hinter der Riesterrente, mit einer Kapitalmarktgedeckten Rentensäule die Lücke zum gesetzlichen Rentenniveau schließen zu können, hat sich nicht als praxistauglich erwiesen, weil zum einem gerade Menschen mit geringerem Einkommen oftmals nicht in der Lage waren, zusätzliche Kosten für Rentenbeiträge zu finanzieren, zum anderen aber die Zinsentwicklung an den Kapitalmärkten dafür sorgt, dass die notwendigen Guthaben nicht angespart werden können. Das Scheitern des Konzepts ist mehrfach belegt, deswegen sollten hierfür keine weiteren Steuermittel investiert werden, die statt dessen in die Finanzierung des gesetzlichen Rente investiert werden müssen.